

Anlage zur Pressemitteilung „Stadt stellt neuen Sozialbericht vor“ vom 15. April 2024, Landeshauptstadt Hannover

Zusammenfassung des Sozialberichts 2023

Kapitel 1 führt inhaltlich in den Sozialbericht ein. Die Entwicklung im Zeitraum 2017 bis 2022 war geprägt von globalen Krisen (Klimakrise, Pandemie, Kriege und Inflation) mit sozialen Auswirkungen, auch in Hannover. Hannoversche Entwicklungen, wie demografische Alterung (Kapitel 2), Einwanderung (Kapitel 3), Fachkräftemangel (Kapitel 4), steigende Altersarmut (Kapitel 5) oder ein angespannter Wohnungsmarkt (Kapitel 6) sind daher nie nur lokal, sondern zunehmend überregional beeinflusst. Kommunale Handlungsspielräume fokussieren dennoch optimaler Weise auf lokale Teilhabe- und Zugangschancen, beispielsweise auf gesundheitliche, demokratische oder Bildungsteilhabe (Kapitel 7 bis 9).

Ferner werden einführend im Sozialbericht verwendete Begriffe erläutert, zum Beispiel „Eingewanderte“ oder „Privathaushalte“ und die Frage, ob oder wie eine Differenzierung nach Geschlechtern anhand verwendeter Quellen möglich ist.

Kapitel 2 liefert Basisinformationen anhand von sieben Kernaussagen zur Bevölkerungsentwicklung und drei Kernaussagen zur Struktur des Zusammenlebens in Haushalten und ihrer Entwicklung. Beispielhafte Kernaussagen sind:

- Hannover wächst und internationalisiert sich: Am 31.12.2022 haben 552.710 Einwohner*innen ihren Hauptwohnsitz in der Landeshauptstadt Hannover, das ist ein Plus von fast 11.000 Einwohner*innen gegenüber 2017. Ein Großteil des Bevölkerungswachstums (rund 9.500 Einwohner*innen) entfiel auf das Jahr 2022 infolge kriegsbedingter Flucht aus der Ukraine. Zum Bevölkerungswachstum trugen ausschließlich Eingewanderte und ihre Nachkommen bei.
- Hannover altert: Ende 2022 leben 138.149 Menschen im Alter von 60 Jahren und älter in Hannover (25 Prozent der Gesamtbevölkerung). Das sind rund 7.000 mehr (+ 0,8 Prozentpunkte) als fünf Jahre zuvor. In jedem dritten Haushalt lebt mindestens eine Person im Alter von 60 Jahren und älter. Senior*innenhaushalte sind der am stärksten wachsende Haushaltstyp (+ 7,5 Prozent), noch vor dem Anstieg von Einpersonenhaushalten (+ 4,4 Prozent). Die demografische Alterung wird auch im Fall relativ starker Zuwanderung fortschreiten. Ein Blick ins Jahr 2042 zeigt: Die hannoversche Erwerbsbevölkerung schrumpft deutlich (-15.000), während die Bevölkerung im Rentenalter (+ 28.000) erheblich wächst.
- Mehr Menschen mit Schwerbehinderung und Pflegebedarf: Weil Pflege- und Schwerbehindertenquoten mit zunehmendem Alter deutlich steigen, geht demografische Alterung mit einer steigenden Anzahl von Menschen mit Schwerbehinderung (+ 4.600 bis Ende 2044) sowie Pflegebedürftiger (+ 5.500) einher. Letztere stehen einer absehbar sinkenden Anzahl von Pflegefachkräften und informell Pflegenden gegenüber.
- Mehr kinderreiche Paare, mehr Allein- und Getrennterziehende: Ab drei Kindern gelten Familien als kinderreich. Der Anteil der kinderreichen Familien stieg sukzessive um zwei Prozentpunkte an, von 11,2 Prozent (2013) auf 13,2 Prozent (2022). Im Gegenzug sank der Anteil der Einkindfamilien um drei Prozentpunkte von 54,6 Prozent (2013) auf 51,6 Prozent (2022). 80 Prozent der kinderreichen Familien sind Paare mit Kindern. Gleichzeitig gibt es eine steigende Anzahl Allein- und Getrennterziehender. Nach einem kontinuierlichen Rückgang bis 2021 entfiel dieser Anstieg ausschließlich auf das Jahr 2022 (+ 1.398) und war primär die Folge des Zuzugs geflüchteter ukrainischer Frauen mit Kind(ern).

„Hannover ist eine Einwanderungsstadt“ ist thematischer Schwerpunkt des **Kapitels 3**. Neben Eckdaten rund um das hannoversche Zusammenleben in Vielfalt wird in dem Kapitel die Frage aufgeworfen, aus welchen Ländern Eingewanderte nach Hannover kommen, was typische Einwanderungsmotive in Hannover sind und ob Eingewanderte zur „Verjüngung“ Hannovers beitragen können. Beispielhafte Kernaussagen sind:

- Eingewanderte und ihre Nachkommen: 41,4 Prozent der hannoverschen Bevölkerung haben einen statistisch erkennbaren Migrationshintergrund

- Je jünger die hannoversche Bevölkerung, desto mehr migrationsbedingte Vielfalt: rund 62 Prozent der unter 18-Jährigen, 43 Prozent der mittleren Altersgruppen und 25 Prozent der 60-Jährigen und Älteren sind Eingewanderte oder deren Nachkommen.
- Im Zeitraum 2000 bis 2022 ließen sich in Hannover fast 34.000 Menschen einbürgern – im Schnitt rund 1.500 pro Jahr.
- Rund 7.200 Geflüchtete aus der Ukraine leben in Hannover (Stand September 2023): ein Viertel sind Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren, über zwei Drittel der Erwachsenen sind Frauen – oft Mütter. Nur ein Sechstel der Geflüchteten aus der Ukraine sind in städtischen Unterkünften untergebracht. Alle anderen wohnen selbstorganisiert oder durch Unterstützung Dritter. Die meisten geflüchteten Kinder sind in Kita und Schule angekommen.
- Ein Großteil der Einwanderung ist keine Fluchtmigration mit Ausnahme der Jahre 2015 und 2022. Hannover als internationaler Bildungs-, Hochschul- und Wissenschaftsstandort zieht überdurchschnittlich viele Studierende, Promovierende und Wissenschaftler*innen aus aller Welt an.

Kapitel 4 beschäftigt sich mit den Entwicklungen des Arbeitsmarktes in Hannover und beleuchtet die (Nicht-)Teilhabe am Arbeitsmarkt:

Hannover verzeichnet ein Beschäftigtenwachstum, das maßgeblich auf ein Beschäftigtenplus von Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit zurückgeführt werden kann: Ende 2022 gab es in Hannover 223.410 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Das ist ein Plus von 15.877 Beschäftigte gegenüber 2017. Zu diesem Beschäftigtenwachstum trugen maßgeblich ausländische Staatsangehörige bei (+ 11.425 absolut bzw. plus 36,9 %). Zum Vergleich: Die Beschäftigungsentwicklung deutscher Staatsangehöriger betrug + 4.613 absolut bzw. + 2,6 %. Letzteres ist ein Resultat demografischer Alterung.

- Trend zu mehr Teilzeitarbeit: Teilzeitarbeit nimmt zu: 31,6 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sind 2022 in Teilzeit tätig (2017: 29,4), 45,9 Prozent der Frauen und 19,0 Prozent der Männer. Das Beschäftigtenwachstum schlägt sich überproportional in der Gruppe der Teilzeitbeschäftigten nieder: Diese ist von 2017 bis 2022 um 12,2 Prozent gewachsen. Vollzeitbeschäftigung ist im gleichen Zeitraum um 4,9 Prozent gestiegen.
- Mehr Erwerbstätige im Rentenalter: Es gibt immer mehr Menschen, die über das Renteneintrittsalter hinaus erwerbstätig sind. Darunter haben die meisten einen Minijob (bundesweit 77,6 Prozent der erwerbstätigen Rentner*innen). Allerdings gibt es auch immer mehr Menschen im Alter von 65 Jahren und älter, die sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind. Der Anstieg in Hannover umfasste im Zeitraum 2017 bis 2022 rund 1.406 Personen (+ 75,3 Prozent). Da das tatsächliche, durchschnittliche Renteneintrittsalter bundesweit aktuell bei 62,7 Jahren liegt, ist dies auch eine Folge von vermehrter Erwerbstätigkeit im Rentenalter.
- (leicht) steigende Arbeitslosigkeit: Der Anteil der Arbeitslosen an der Bevölkerung im Alter von 18-64 Jahren lag 2022 in Hannover bei 7,2 Prozent. Gegenüber 2017 ist der Anteil um 0,4 Prozentpunkte gestiegen. 57 Prozent der Arbeitslosen im SGB II-Leistungsbezug sind „Langzeitarbeitslos“ (länger als ein Jahr). Der Anteil der Langzeitarbeitslosen ist gegenüber 2017 um 5,1 Prozentpunkte gestiegen. Mitte 2023 sind weitere 8.646 Menschen in Hannover unterbeschäftigt und gelten im engeren oder weiteren Sinne als arbeitslos, erscheinen aber aus verschiedenen Gründen (z.B. die Teilnahme an einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme) nicht in der Arbeitslosenstatistik.
- „Working Poor“ - „Arm trotz Arbeit“: Wer von seiner Erwerbsarbeit nicht leben kann und ergänzend Bürgergeld beziehen muss, gilt als „working poor“ oder als „arm trotz Arbeit“. „Working poor“ erzielen ein nicht auskömmliches Einkommen aus Erwerbstätigkeit, aus selbstständiger Tätigkeit oder aus einer Kombination aus beidem. Ende 2022 betraf dies 10.805 Menschen in Hannover. Seit 2017 ist deren Anzahl um 3.353 gesunken (-23,7%).
- Fachkräftemangel: Im Dezember 2023 sind 5.464 offene sozialversicherungspflichtige Arbeitsstellen bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldet. Diese Anzahl umfasst aus verschiedenen Gründen nur einen Teil der tatsächlich unbesetzten Stellen. Diese lassen sich in der Regel nicht durch die Vermittlung von Arbeitslosen beheben, da die vorhandenen Anforderungsniveaus selten mit den Gesuchten übereinstimmen: Von den durchschnittlich 27.720 Arbeitslosen 2023 in Hannover suchen deutlich mehr als die Hälfte (59,4 Prozent) einen Zielberuf mit dem Anforderungsniveau einer

Hilfstätigkeit. Der größte Anteil der offenen Stellen richtet sich jedoch an Bewerber*innen mit Berufsabschluss. Die Suche nach ungelerten Arbeitskräften ohne Berufsabschluss bezieht sich Ende 2022 bundesweit auf lediglich 22,7 Prozent der offenen Stellen. Durch den sich fortsetzenden Eintritt der „Babyboomer“ in den Ruhestand wird sich der bereits heute bestehende Arbeits- und Fachkräftemangel in Hannover noch verstärken.

- Keine oder erschwerte Teilhabe Eingewanderter, insbesondere asylsuchender und geflüchteter Menschen am Arbeitsmarkt: Gesetzgebungen verhindern häufig ein schnelles Ankommen Eingewanderter, insbesondere geflüchteter und asylsuchender Menschen. Der Zugang zum Arbeitsmarkt variiert je nach Aufenthaltsstatus, familiärer Situation, Wohnsituation oder Herkunftsland. Arbeitgeber*innen beklagen das, auch in Anbetracht des Fachkräftemangels.

Kapitel 5 nimmt die Armutssituation und –entwicklung in Hannover in den Blick: Knapp 84.000 Personen (15,2 Prozent) der hannoverschen Bevölkerung, beziehen Transferleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts*. Verglichen mit Ende 2017 ist die Transferleistungsquote um 0,4 Prozentpunkte (- 579 absolut) gesunken. Kapitel 4 geht der Frage nach, ob Transferleistungen soziokulturelle Teilhabe ermöglichen und worin kommunale Handlungsspielräume liegen, beispielsweise in der Rolle als „Lotse“ rund um den „Sozialleistungsdschungel“. Ausgewählte Armutsriskiken:

- „Alleinerziehend sein, Kind sein, heranwachsend sein und/oder viele Geschwister haben“ zählen zu den bedeutendsten Armutsriskiken in Deutschland: Überdurchschnittlich hoch ist die Armutsquote unter Kindern und Jugendlichen (26,6 Prozent), Allein- und Getrennterziehenden (45,2 Prozent) sowie unter Familien im Allgemeinen (23,5 Prozent), insbesondere kinderreichen Familien mit drei Kindern (35,8 Prozent) oder vier und mehr Kindern (54,4 Prozent).
- Armutsrisiko: „Atypisch beschäftigt sein, arbeitslos werden, Rente beziehen“: Dauerhafte Teilzeitbeschäftigung oder Langzeitarbeitslosigkeit sind Hauptauslöser für Armut im Erwerbsalter und im Alter, ebenso wie dauerhafte Erwerbsminderung und der Eintritt in die Altersrente. Die jährlich steigende Transferleistungsquote von 60-Jährigen und Älteren liegt in Hannover Ende 2022 bei 11 Prozent.
- Armutsrisiko: „Pflegebedürftig werden“: Leben im Pflegeheim ist teuer: Der durchschnittlich aufzubringende Eigenanteil in Niedersachsen lag im ersten Jahr des Aufenthalts am 1.1.2024 bei 2.273 Euro im Monat und übersteigt damit rechnerisch die durchschnittliche, gesetzliche Altersrente in Niedersachsen. Im Zuständigkeitsbereich der Stadt Hannover sind rund 2.740 Menschen auf Hilfe zur Pflege in Einrichtungen angewiesen (Stand 9/September 2023), Tendenz und Antragszahlen steigend. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass rund ein Drittel aller über 6.000 Pflegeheimbewohner*innen in Hannover früher oder später auf Hilfe zur Pflege angewiesen ist, Tendenz steigend.
- Armutsrisiko: „Nahestehende pflegen“: Pflegenden Angehörige sind die tragende Säule der Versorgung pflegebedürftiger Menschen. Grob geschätzt: In Hannover gibt es über 24.000 pflegenden Angehörige. Pflegenden Angehörige sind durchschnittlich 55 bis 64 Jahre alt und mit knapp 70 Prozent mehrheitlich weiblich. Das macht Frauen überproportional „anfällig“ für Altersarmut. Im ungünstigsten Fall führt informelle Pflege nicht nur zu Altersarmut, sondern - im Falle eigener späterer Pflegebedürftigkeit - auch zu Pflegearmut.

Kapitel 6 benennt die aktuellen und zukünftigen Herausforderung für das Wohnen in Hannover. Im Überblick:

- Hoher und steigender Bedarf an Wohnungen: Zwischen 2013 und 2022 wurden im Neubau 9.562 Wohnungen fertiggestellt. Die Nachfrage nach Wohnraum ist weiterhin größer als das Angebot. 306.000 Haushalte stehen 303.000 Wohnungen gegenüber.
- Wohnen einer älterwerdenden Bevölkerung: Die meisten Senior*innen wollen in ihrem Wohnumfeld bleiben. Dazu braucht es geeignete Rahmenbedingungen: Barrierefreiheit, Nachbarschaft, Unterstützungsnetzwerke, kurze Wege im Quartier

- Hoher und steigender Bedarf an preiswerten Wohnungen: nur 17 Prozent aller Wohnungen wurden 2021/2022 für unter 8 Euro/qm inseriert. Gleichzeitig kosten 30 Prozent der Wohnungen 11 Euro und mehr pro Quadratmeter. Die Bedarfsgruppen preiswerten Wohnens werden größer und konkurrieren untereinander.
- Der Bedarf an barrierefreien und rollstuhlgerechten Wohnungen ist hoch und steigend: Bedarf und Nachfrage lassen sich nur sehr grob schätzen. Laut Repräsentativerhebung 2022 stufen sich 10 Prozent der Bevölkerung als mobilitätseingeschränkt ein. Weiteren Schätzungen folgend gibt es in Hannover 7.600 barriere reduzierte Wohnungen. Mit dem Neubau entstehen verpflichtend barrierefreie und rollstuhlgerechte Wohnungen.
- Wohnen sichern: Haushalte brauchen Hilfe bei Wohnungsversorgung und -erhalt. Die Stadt Hannover hat für rund 19.000 Wohnungen ein Belegrecht. Die Anzahl der Belegrechtswohnungen ist über Jahre ähnlich hoch, aber es werden immer seltener Wohnungen zur Vermietung frei. Dem gegenüber steht eine steige Anzahl an Neuanträgen.
- Wohnungen und Wohnumfeld im sozialen und inklusiven Quartier: Eine Wohnung ist eingebettet in das Wohnumfeld, in dem sie sich befindet. Sie ist die Grundlage für Nachbarschaft und soziales Miteinander. Dieses gilt es zu fördern und die geeigneten Rahmenbedingungen zu schaffen. In Hannover gibt es in diesem Sinne Konzepte und Programme.

Wohnungsnotfälle - „Das nicht Zählbare sichtbar machen“: Ohne Wohnung zu sein, ist eine der sozial prekärsten Lagen überhaupt. Nicht nur obdachlose Menschen zählen zu den Wohnungsnotfällen. Der Sozialbericht stellt Wohnungsnotfälle nach der Definition der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe dar und quantifiziert für Hannover.

Als Wohnungsnotfall gelten Personen, die

- a. aktuell wohnungslos sind:
 - obdachlose, nicht untergebrachte Personen, z.B. auf der Straße oder bei Freund*innen wohnend
 - untergebrachte Personen in Unterkünften, Wohnprojekten, Frauenhäusern u.a.
- b. von Wohnungslosigkeit bedroht: Kündigung, Räumungsklage, Konflikte, u.a.
- c. in unzumutbaren Wohnverhältnissen lebend: Substandardwohnungen, beengter Wohnraum, u.a.)
- d. ehemals Wohnungslose, die Unterstützung benötigen, um ihre Wohnung nicht erneut zu verlieren

Kapitel 7 beschäftigt sich mit der Frage, inwieweit alle gleichermaßen gesundheitlich teilhaben können. Dabei wird deutlich, dass globale und nationale Rahmenbedingungen vielfach verantwortlich sind für ungleiche und auch ungerechte Auswirkungen auf die Gesundheit und die Chancen, sich gesund zu erhalten.

- Nicht alle haben gleichermaßen Zugang zum Gesundheitssystem: Viele haben keinen oder einen eingeschränkten Leistungsanspruch, weil sie keine Krankenversicherung haben, sie als EU-Bürger*innen ohne Arbeit kein Freizügigkeitsrecht genießen oder sich als Asylbewerber*innen in Deutschland aufhalten. Menschen, die sich in prekären Lebensumständen befinden, erleben häufig, dass das Gesundheitssystem trotz bestehendem Versicherungsschutzes soziale Zugangsbarrieren aufweist (Diskriminierungserfahrungen).
- Hitzeereignisse: Zunehmend gibt es gesundheitliche Belastungen, die Klima- und Umwelteinflüssen zugeschrieben werden müssen. Heiße Zeiten belasten die Gesundheit. Im Jahr 2023 gab es Deutschlandweit mindestens 3.100 Hitzetote. Durch Hitzeereignisse besonders gefährdet sind Kinder, Senior*innen, Pflegebedürftige, Menschen mit Behinderung, Schwangere, Kranke und obdachlose Menschen. Die Zahl der Gefährdeten wird durch die demografische Alterung größer.
- Dauerhafte Lärmbelastungen führen zu negativen Folgen für die Gesundheit. In Hannover ist das Straßennetz der Hauptverursacher von Lärm. Allein hierdurch sind über den ganzen Tag rund 114.000 Wohnungen, 121 Schulen und 36 Krankenhäuser lärmbelastet. Von Lärm und auch Hitze betroffen sind insbesondere Menschen in unsanierten, nicht gedämmten Wohnungen und Häusern. Häufig in preisgünstigen Wohnungen, zum Beispiel an Lärmtrassen.

- Gesundheit und Teilhabe von Kindern: Ob Eltern und ihre Kinder Zugang finden zu medizinischen Leistungen, Beratung, Förderung und Gesundheitsprävention, hängt in Deutschland wesentlich vom sozioökonomischen Status der Familien ab, ebenso wie die Chancen für eine gute, gesundheitliche Entwicklung. In der Schuleingangsuntersuchung finden sich Ergebnisse zu den Teilhabeaspekten (a) Gesundheitsvorsorge, (b) Schwimmfähigkeit und (c) Mitgliedschaft in einem Sportverein. Jeweils wird deutlich, dass Kinder mit Migrationshintergrund seltener teilhaben. Konkret: seltener an der Vorsorgeuntersuchung U 9 teilnehmen, seltener im Sportverein sind oder schwimmen können. Das gilt gleichermaßen für Kinder, deren Eltern einen geringen Bildungsgrad haben und abgeschwächt auch für Kinder von Allein- und Getrennterziehenden.

Kapitel 8 nimmt Bildung in den Fokus, denn (Aus-)Bildung ist die wesentliche Voraussetzung für den Zugang und den Erfolg auf dem Arbeitsmarkt und zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit oder Armut. Bildung und Bildungserfolg sind häufig abhängig von der sozialen Lage.

- Bildung von Anfang an: Kindertagesstätten fördern die individuelle Entwicklung und legen Grundlagen für den Schuleintritt und eine gelingende Bildungskarriere. Nahezu alle Kinder besuchen einen Kindergarten und zwei Drittel aller Kinder im Alter von 1 und 2 Jahren eine Krippe. Wer früher und länger eine Kindertagesstätte besucht, hat ein größeres Zeitfenster für die sozial-emotionale Entwicklung und für vorschulische Bildungsinhalte. Der Blick richtet sich auf Kinder, die nur weniger als zwei Jahre in einer Kita waren (7,1 Prozent): Dies traf häufiger zu auf Kinder mit Migrationshintergrund (13,2 Prozent), deren Eltern einen geringen Bildungsgrad haben (13,1 Prozent) und auch für Kinder von Allein- und Getrennterziehenden (8,1 Prozent)
- Schule den Anspruch, Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit herzustellen. Je nach Schulform bilden sich sozioökonomische Lagen der Schüler*innen unterschiedlich ab. 43,2 Prozent aller Schüler*innen in Hannover haben eine nichtdeutsche Herkunftssprache. In Gymnasien zählt nur ein Drittel der Schüler*innen zu dieser Gruppe, an Oberschulen mehr als acht von zehn Schüler*innen. Rund ein Viertel aller Schüler*innen und der Grundschüler*innen erhalten BuT-Leistungen. In Gymnasien sind es weniger als 10 Prozent, an Oberschulen mehr als 70 Prozent. Oberschulen in Hannover haben mit 28 Prozent den höchsten Anteil an Schüler*innen, die ohne Hauptschulabschluss das allgemeinbildende Schulsystem verlassen (Schuljahr 2021/2022). In Summe zeigt sich, dass Bildungszugänge und -erfolge nach wie vor stark vom sozioökonomischen Status und der Herkunft abhängen.
- Schulabschlüsse: In Hannover beenden rund die Hälfte aller Schulabgänger*innen die allgemeinbildende Schule mit einer (Fach-)Hochschulreife: Mädchen häufiger als Jungen. Deutsche häufiger als Schülerinnen mit ausschließlich ausländischer Staatsangehörigkeit. Gleichzeitig verlassen 7,6 Prozent der Schüler*innen die Schule ohne Hauptschulabschluss, Jungen häufiger als Mädchen und Schüler*innen mit ausschließlich ausländischer Staatsangehörigkeit häufiger als deutsche Schüler*innen. Zahl und Anteil derer, die die Schule ohne Hauptschulabschluss verlassen, ist über Jahre konstant (2021/2022: 340 Schüler*innen). Die gute Nachricht: Das Landesamt für Statistik Niedersachsen kommt für Niedersachsen zum Ergebnis, dass viele Absolvent*innen, die das allgemeinbildende Schulsystem ohne Hauptschulabschluss verlassen, nicht ohne Abschluss bleiben. Ein großer Teil erlangt den Hauptschulabschluss und auch höhere Abschlüsse an einer berufsbildenden Schule.

Kapitel 9 behandelt das Thema demokratische Teilhabe. Politische Partizipation ist eine wesentliche Form gelebter Demokratie. Ob Menschen daran mitwirken, hängt von Alter, Geschlecht, Bildungsniveau, Einkommenssituation und sozialem Status ab und kann Ausdruck der gesellschaftlichen Teilhabe, beziehungsweise Ausgrenzung sein.

- Wahlbeteiligung als Indikator für politische Partizipation: Die Wahlbeteiligung auf EU-, Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene sinkt seit Jahrzehnten. An der Bundestagswahl 2021 nahmen 74,3 Prozent aller Wahlberechtigten teil. Die geringste Teilnahme erfolgte in „sozial angespannten Quartieren“ mit 58 Prozent.

- Ein Perspektivwechsel: Knapp ein Drittel der hannoverschen Bevölkerung war zur Bundestagswahl 2021 nicht wahlberechtigt, und zwar aufgrund ihres Alters (unter 18 Jahre) und/oder ihrer ausländischen Nationalität. Die Gruppe derer, die ein Wahlrecht hatten, teilen sich auf in diejenigen, die tatsächlich gewählt haben (50 Prozent der Bevölkerung) und die Gruppe der Nichtwähler*innen (18 Prozent). Die Wahlergebnisse zur Bundestagswahl 2021 repräsentieren somit die parteipolitische Haltung von rund der Hälfte der Bevölkerung. Der Anteil der Wählenden (an der Bevölkerung) variiert sehr stark, je nach Stadtteil: 66 Prozent in der Südstadt und 21,6 Prozent im Mühlenberg.
- Demokratische Teilhabe erhöhen: Wahlrecht für mehr Menschen, die hier wohnen und arbeiten schaffen. Dies ist allein durch die Gesetzgebung möglich. Zur Kommunalwahl in Niedersachsen und auf EU-Ebene sind auch alle EU-Ausländer*innen und alle ab 16 Jahre wahlberechtigt. Im Vergleich zu einer Bundestagswahl sind dadurch in Hannover 35.700 Personen mehr wahlberechtigt.

Zur Ratswahl 2021 hat sich gezeigt: Mehr Personen haben das Wahlrecht, also die Möglichkeiten der politischen Teilhabe. Vor allem in Stadtteilen mit hohem Anteil an sozial prekären Lebenslagen gibt es höhere Zuwächse an Wahlberechtigten. Eine positive Auswirkung auf die Wahlbeteiligung gibt es vor allem dort, wo die Wahlbeteiligung auch zur Bundestagswahl hoch war, erheblich seltener in Stadtteilen mit geringer Wahlbeteiligung.